

Sitzung des Rates der Gemeinde Everswinkel

am 17.12.2013

Verabschiedung des Haushaltes für das Jahr 2014

Rede des Vertreters der CDU- Fraktion

Bernd Schulze Zurmussen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

„Das kommende Haushaltsjahr ist von etlichen Zwängen und Herausforderungen geprägt“, so leitete der Bürgermeister die Einbringung des Haushaltsentwurfes 2014 ein.

Herr Meyer von den Westfälischen Nachrichten setzte in seiner Berichterstattung dann noch den Zusatz „Widrigkeiten“ hinzu.

Gegen Zwänge kann man versuchen, sich zur Wehr zu setzen, wie wir es beispielsweise durch unsere Resolution gegen das „Stärkungspaket Stadtfinanzen“ unternommen haben.

Herausforderungen bieten die Möglichkeit im Wettbewerb der besten Ideen und Konzepte gute Ergebnisse für unsere Gemeinde zu erzielen.

Immer schwieriger wird jedoch unsere kommunalpolitische Arbeit unter dem Eindruck einiger Widrigkeiten des ablaufenden Jahres. Ich habe den Eindruck, dass Einige hier im Saal gezielt versuchen, durch ständige Falschinformationen und den Dauerbeschuss durch Veröffentlichungen die eigentliche politische Arbeit und Auseinandersetzung aus den gemeindlichen Gremien heraus zu verlagern, weil man sich hier ja einer unmittelbaren, inhaltlichen Auseinandersetzung stellen müsste. Selbstverständlich wirft dabei die Kommunalwahl im Mai 2014 ihre Schatten voraus. Das rechtfertigt aber nicht einige Ausreißer, die dieses Verhalten in der letzten Zeit hervorgebracht hat. Auf diesen Punkt werde ich auch noch einmal zum Schluss meiner Ausführungen zurückkommen.

Direkt nach dem OVG-Urteil Königskamp haben wir den Blick nach vorne gewandt und alle Überlegungen und Anstrengungen darauf ausgerichtet, wie wir eine zukünftige, wenn auch reduzierte Baulandentwicklung in und für Alverskirchen hinbekommen können.

Nachkarten verbot sich uns, weil es nur verlorene Zeit und Mühe gewesen wäre. Da das alles in diesen Tagen noch einmal thematisiert wurde, widme ich diesem Punkt hier und jetzt mehr Zeit als ursprünglich von mir angedacht.

Noch am Tag der Urteilsverkündung haben wir uns mit unserer CDU-Landtagsabgeordneten Astrid Birkhahn getroffen und sie über den Inhalt des OVG-Urteil informiert.

Frau Birkhahn sagte unmittelbar ihre Unterstützung auf Landesebene zu. Ferner waren wir uns einig, uns noch weitere Hilfestellung zu suchen. Ich habe dann den Regierungspräsidenten, Herrn Prof. Dr. Reinhard Klenke, den Regionalratsvorsitzenden, Herrn Engelbert Rauen, Herrn Guido Gutsche, Mitglied für die CDU im Regionalrat sowie unseren Landrat, Dr. Olaf Gericke angeschrieben und um ihre Hilfe und Unterstützung bei der Zukunftsgestaltung von Alverskirchen zu bitten.

Der Kreis Warendorf war direkt für diese Situation sensibilisiert und signalisierte schnell den beiden Bauherren, dass sie sich keine Sorgen machen müssen und ihren Traum vom Eigenheim im Königskamp verwirklichen können.

Hoch erfreut waren Torsten Schwarthoff und ich, dass uns auf unsere Initiative hin sehr kurzfristig die Möglichkeit gegeben wurde, einen Termin bei der Regierungsvizepräsidentin Dorothee Feller wahrzunehmen. Auch hier noch einmal zur Klarstellung und zur immer wieder geforderten Transparenz: Torsten Schwarthoff hatte noch am Tag der Urteilsverkündung durchs OVG die Regierungsvizepräsidentin, Frau Fellen, angemilt und um einen Gesprächstermin bei ihr zum Thema Königskamp gebeten. Bereits tags darauf hatte er eine Gesprächszusage von ihr erhalten. Es sollte lediglich erst abgewartet werden, bis die schriftliche Urteilsbegründung vorläge.

Bei allen unseren Bemühungen ging und geht es uns darum, den mehrheitlich von der Bürgerschaft in Alverskirchen klar geäußerten Wunsch, Bauen im Königskamp, zu ermöglichen. Darum geht es ausschließlich. Es geht nicht um Schuldzuweisungen – das ist Schnee von gestern-. Und es geht nicht um vorgezogenes Wahlkampfgetöse, dafür ist das Thema zu wichtig!

Wir hielten es für sachgerecht die Gemeindeverwaltung direkt mit ins Boot zu nehmen, weil es um das Ausloten von Möglichkeiten und von Chancen ging.

Als aus Kreisen der SPD immer wieder Pressemitteilungen und Leserbrief verfasst wurden, in der bezweifelt wurde, dass wir noch Einfluss auf die Auswirkungen des OVG-Urteils nehmen könnten, waren wir schon einige Schritte weiter. Uns wurden in dem sehr konstruktiven Gespräch bereits konkrete Lösungsansätze aufgezeigt.

Alle weiteren Gespräche einschl. der daraus resultierenden Erfolge jetzt, hier und heute noch aufzuzählen, würde den Rahmen sicherlich sprengen. Erwähnen muss ich aber noch, in welchem Punkt wir durch unseren Einsatz konkret noch eine wichtige textliche Ergänzung im gestern verabschiedeten, neuen Regionalplan erreichen konnten, nämlich die zukünftige Möglichkeit neben dem Wohnbedarf der ortsansässigen Bevölkerung auch den Erhalt und die Belange der ortsansässigen Betriebe bei der Aufstellung eines Bebauungsplanes mit einfließen zu lassen. Dieser

Zusatz kann im positiven Sinne zukünftig noch für uns von erheblicher Tragweite sein. Auf die eingangs beschriebenen Widrigkeiten muss ich dann leider noch einmal zurück kommen. Sie, Herr Dr. Hamann, haben ausführlich im letzten Planungsausschuss den Bürgermeister danach gefragt, wer wen mitgenommen und wer welchen Termin vereinbart hatte. Selbst die ausführliche Antwort des Bürgermeisters, inhaltlich übereinstimmend mit von mir skizzierten Ablauf hält Ihren Fraktionskollegen nicht davon ab, einige Tage später in einem Leserbrief diesen Ablauf in Zweifel zu ziehen. Und dann noch einen „offenen und fairen Umgang“ anzumahnen ist schon eine Unverfrorenheit. Da ist „Widrigkeiten“ schon fast untertrieben.

Ganz konkret wird unser ausdrücklicher Wille zur weiteren, zukunftsorientierten Entwicklung Alverskirchens mit unserer Zustimmung zu der vom Bürgermeister vorgeschlagenen Erhöhung des Ansatzes für Planungskosten. Sowohl die planerische Innenentwicklung, ja auch Auftrag aus dem OVG-Urteil, als auch die Neuentwicklung eines, wenn auch kleineren Baugebietes Königskamp, unterstützen wir ausdrücklich. Erstaunlich ist auch hier wieder das Verhalten der SPD-Fraktion. In immer wiederkehrenden Lippenbekenntnissen wird so getan, als sei man für bauliche Entwicklungsmöglichkeiten in Alverskirchen. Fakt ist jedoch, dass nur die SPD-Fraktion am letzten Donnerstag im Hauptausschuss ihre Zustimmung zu diesem Haushaltsansatz verweigerte!

Zur Zukunftssicherung von Alverskirchen gehört selbstverständlich auch der weitere Ausbau der KiTa St. Agatha, um insbesondere den Bedarf an U3 Betreuungsplätzen einschl. der nachgefragten Übermittagbetreuung decken zu können. Insgesamt 230.000 € sollen in die Erweiterung der KiTa investiert werden. Besonders lobenswert und mit unserem ausdrücklichen Dank verbunden ist auch hier wieder der Einsatz und das Engagement der katholischen Kirchengemeinde, die mit insgesamt 180.000 € den Großteil dieser Erweiterung schultert. Dass wir bei dieser quantitativen und qualitativen Verbesserung der Kinderbetreuung unseren Anteil in Höhe von 50.000 € beisteuern, ist selbstverständlich.

Nachdem jüngst auch der St. Magnus Kindergarten erweitert wurde, nehmen wir als Gemeinde mit einer Versorgungsquote in der U3- Betreuung von über 40 % einen Spitzenplatz im Kreis Warendorf ein. Das sind die Schlagzeilen, die unsere Gemeinde braucht und das sind die Rahmenbedingungen, die uns auch zukünftig positiv nach außen wirken lassen.

Sowohl räumlich als auch inhaltlich schließt sich die nächste Großinvestition an. Die dringende Notwendigkeit einer Erweiterung des Raumangebotes in der St. Agatha-Grundschule.

Die Mitglieder des Bezirksausschusses sowie des Schulausschusses konnten sich beim Ortstermin in der Grundschule unter den fachkundigen Erläuterungen der Schulleiterin, Frau Heringloh, ein anschauliches Bild von den jetzigen, wirklich nicht mehr zeitgemäßen Gegebenheiten machen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, so war die einhellige Meinung.

Wir waren nicht nur der Meinung, dass hier schnell etwas passieren muss, wir sind auch davon überzeugt, dass wir hier eine dauerhafte Lösung finden und umsetzen müssen. Sowohl wegen der beschriebenen Notwendigkeit als auch als klares und unmissverständliches Signal zur dauerhaften Bestandssicherung der Grundschule Alverskirchen ist unser Antrag zu werten, 300.000 € für eine bauliche Erweiterung der Übermittagbetreuung zu beschließen, als Verpflichtungsermächtigung für 2015.

Sicherlich gehört die dauerhafte Erhaltung der Grundschule wegen ihrer immens wichtigen Bedeutung für Alverskirchen zu den größten, der eingangs angesprochenen, Herausforderungen der nächsten Jahre!

Eine Pavillon-Lösung ist daher für uns nicht vorstellbar! Jetzt ist es die Aufgabe der Schule, der Eltern, des BTA und der Gemeinde, die konkreten Planungen anzugehen. Sollte bedingt Nutzungsmöglichkeiten für den Sportverein gefunden werden, würden wir uns natürlich darüber sehr freuen.

Wir bedanken uns ausdrücklich bei der FDP und bei den Grünen für die Zustimmung zu unserem Antrag. Vielen Dank!

Nicht verhehlen möchte ich an dieser Stelle auch, dass wir anfänglich noch mit allen Beteiligten gehofft hatten, in Zusammenarbeit von Schule, Kirchengemeinde, Bürgerteam und Sportverein hier evtl. eine umfängliche, gemeinschaftliche Lösung zu finden.

Bei etwas genauerer Betrachtung war jedoch schnell zu erkennen, dass sowohl der Anbau und die Erweiterung der KiTa als auch die Anforderungen an einen Schulbau weder räumlich noch funktionell zusammen passten. Eine noch ganz andere Dimension hatte dabei der Wunsch der DJK Rot-Weiß Alverskirchen nach Erweiterung seiner Sportflächen. Nach ersten Kostenschätzungen würde diese Maßnahme alleine bereits 850.000 bis 900.000 € kosten. Bei der derzeitigen Haushaltslage ist dieses nicht darstellbar. Die Antwort auf die Frage, wie die SPD dieses Vorhaben verantworten und finanzieren will, blieb sie leider in den Haushaltsberatungen schuldig.

Torsten Schwarthoff machte unsere Auffassung bereits im Schulausschuss deutlich. Ein Gemeinschaftsprojekt wäre ein „Paradebeispiel des dörflichen Miteinanders“ gewesen, doch wegen der zuvor genannten Bedingungen wird es leider wohl ein „Traum“ bleiben. Die Nutzungsanforderungen sind einfach zu unterschiedlich. Es ist eben nicht eine Frage des „Wollens“ und auch nicht eine Frage von fehlender Kompromissbereitschaft.

Bevor ich jetzt gleich gefragt werde, ob ich heute nur zu Alverskirchener Themen Ausführungen machen werde, schwenke ich jetzt einmal inhaltlich auf den Everswinkeler Schulbereich.

Bereits im vergangenen Jahr waren die Haushaltsansätze für 2013 und für 2014 in jeweiliger Höhe von 75.000 € für die Neugestaltung der Schulhöfe Thema der

Beratungen. Wir hatten seinerzeit den Ansätzen zugestimmt, die Freigabe der Mittel aber von konkreten Planungen abhängig gemacht.

Intensive Planungen erfolgten in den vergangenen Wochen, zum Teil lösten sie auch kontroverse Diskussionen aus. Einige Vorhaben waren zu teuer, andere erübrigten sich aus Lärmschutzgründen und vieles mehr. An dieser Stelle möchten wir uns bei allen Beteiligten ganz herzlich für den Einsatz bei den Planungen bedanken. Auch wenn noch kein abschließendes Konzept ausgearbeitet ist, scheinen die Planungen doch auf einem sehr guten Weg zu sein. Wir schließen uns der Meinung der Grünen in dem Punkt an, dass die Problematik mit der Asche des Tennenplatzes noch genauer beleuchtet werden muss.

Gänzlich anderer Meinung als die Grünen sind wir aber in der Auffassung, dass ein sogenannter Fachplaner für viel Geld mit der Planung beauftragt werden soll. Wir sind der Meinung, dass die besten Experten in den Schulen, den Elternvertretern und der Gemeinde zu finden sind. Einen ganz besonderen Dank und ein besonderes Lob möchte an dieser Stelle einmal an die beiden Elternvertreterinnen der Grundschule aussprechen, die mit viel Engagement die Planungen wirklich voran bringen. Vielen Dank!

Dieser Haushalt ist bereits der fünfundzwanzigste meiner kommunalpolitischen Tätigkeit hier in der Gemeinde. Gefühlt würde ich meinen, dass in zwanzig Jahren davon der Antrag der Grünen nach einem „Fun-Court“ Bestandteil der Beratungen war. Bei einer solchen Wiederholungsrate **uns** als „ewig Gestrige“ zu bezeichnen, wie Du Frank es neulich in einem deiner berüchtigten Leserbriefe getan hast, ist Realsatire!

Um auszuloten, ob evtl. eine gemeinschaftliche Lösung bei der Schulhofgestaltung auch mit dem SCDJK – soweit von ihm gewünscht – möglich ist, möchte ich die Verwaltung bitten, den Sportverein mit in die Planungen einzubeziehen.

Die neue Schulhofgestaltung wird zusammen mit dem neuen Forum der Grundschule Everswinkel im kommenden Jahr eine weitere, deutliche Verbesserung des Schulstandortes sein. 860.000 € für das neue Forum zeigen unseren klaren Willen hierzu.

Wir stehen auch eindeutig weiter zu unserer Entscheidung, erst diesen Bauabschnitt zu errichten. Wir werden in den nächsten Jahren dann in Ruhe entscheiden, ob und wann welche weiteren Maßnahmen notwendig sein werden. Sich bereits in diesem Jahr, wie von der SPD und den Grünen gefordert, auf einen zweiten Bauabschnitt festzulegen, halten wir für verantwortungslos.

An diesen aufgeführten Investitionen zeigt sich der eindeutige Schwerpunkt unserer Ausgaben im kommenden Jahr. Mit den nur sehr begrenzten Mitteln, die uns in den nächsten Jahren noch zur Verfügung stehen, konzentrieren wir uns hauptsächlich auf Verbesserungen für unsere Kinder und Jugendlichen, für den Bereich KiTa's und Schulen.

Die Überschrift der Berichterstattung über den Sozialausschuss in den Westfälischen Nachrichten vom letzten Donnerstag war bezeichnend dafür: (Zitat) „Ein Haushalt besonders für Kinder“.

Doch selbstverständlich werden wir auch in vielen weiteren Bereichen unserer Gemeinde zukünftig weiter investieren. Im Bereich unserer Infrastruktur möchte ich beispielhaft die Sanierung der Wirtschaftswege aufgreifen.

Wir hatten im vergangenen Jahr den Antrag gestellt, zum Teil aufgesparte Mittel sowie geplante zukünftige Mittel im Jahr 2014 zusammenzufassen. Das Ziel ist, anhand des Wirtschaftswegekonzeptes und einer Prioritätenliste in 2014 größere Maßnahmen umsetzen zu können. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass wir die Fertigstellung des Konzeptes bis zum Ende dieser Wahlperiode forderten und uns dieses auch zugesichert wurde. Nur wenn die geplanten Maßnahmen rechtzeitig feststehen, können die notwendigen Sanierungen auch noch in 2014 erfolgen.

Ich komme von den Wirtschaftswegen zur Wirtschaftsförderung.

Wir freuen uns bereits jetzt darauf, wenn es im Frühjahr auch in Everswinkel heißt: „Erst einmal zu Penny“.

Genau so freuen wir uns darüber, dass die Firma Roßmann ab dem nächsten Jahr im Ortskern ihre Tore öffnet.

Auch wenn es nicht immer leicht war, unsere Argumentation „Stärkung des Ortskernes“ durchzuhalten, so ist es jetzt umso schöner, wenn wir sehen, dass das Festhalten an den Grundsätzen unseres Einzelhandelskonzeptes Früchte trägt.

An dieser Stelle bedanken wir uns von der CDU-Fraktion besonders bei Herrn Webbeler, beim Bürgermeister und bei Herrn Reher für ihren unermüdlichen Einsatz bei dieser Ansiedlung. Vielen Dank!

Spannend werden sicherlich die Diskussionen um zusätzliche Stellplatzangebote im Ortskern werden.

Weitere Erschließungsmaßnahmen im Gewerbegebiet Grothues weisen auch hier auf eine weitere, pulsierende Entwicklung unserer Gemeinde hin.

Da mittlerweile praktisch alle Baugrundstücke in Everswinkel verkauft sind, wird die Erschließung weitere Grundstücke im Möllenkamp III im nächsten Jahr für unsere zukünftige Entwicklung von zentraler Bedeutung sein. Nicht weniger zentral wird die Frage der Finanzierung der Baugebiete insgesamt werden.

Leider konnte der von uns beantragte Radweg entlang der K 19 Richtung Sendenhorst in diesem Jahr noch nicht umgesetzt werden. Mit dem neuen, erhöhten Haushaltsansatz für's nächste Jahr verbinden wir die Hoffnung, dass dieses Teilstück dann hoffentlich in 2014 gebaut werden kann.

Viele weitere investive Maßnahmen hätten es verdient hier und heute noch aufgeführt zu werden, in Anbetracht der heutigen Tagesordnung möchte ich jedoch lediglich noch beispielhaft die Aufwendungen für den Feuerschutz ansprechen. Es ist und bleibt für uns eine unumstößliche Verpflichtung, unsere ehrenamtliche Feuerwehr so auszustatten, dass die Kameradinnen und Kameraden ihren, für uns alle so wichtigen Dienst - so gut geschützt wie möglich - ausüben können. Sowohl die Anschaffung neuer Schutzbekleidung als auch eines neuen Rettungsgerätes finden unsere ausdrückliche Unterstützung.

Wir bedanken uns bei allen ehrenamtlich Tätigen in unserer Gemeinde für Ihren so wertvollen Einsatz. In vielen Institutionen, Vereinen und Verbänden wird durch den täglichen, ehrenamtlichen Einsatz immer wieder die Welt ein bisschen besser und lebenswerter gemacht – dafür möchten wir uns ganz herzlich bedanken.

Dass all diese genannten und noch viele weitere Maßnahmen umgesetzt werden können, ohne Kredite dafür aufnehmen zu müssen, zeigt, dass wir seit Jahren sparsam und verantwortungsvoll mit unseren Mitteln umgegangen sind.

Dieses Verhalten und immer wiederkehrende Aufgabenkritiken haben dazu geführt, dass wir trotz „unterdurchschnittlicher Finanzausstattung“, wie es die Gemeindeprüfungsanstalt testierte, bisher noch eine einigermaßen erträgliche Finanzlage haben.

Entlastend ist für uns die Erstattung nach dem Einheitslastenausgleichsgesetz, die Ende 2013 und dann noch einmal in 2014 mit insgesamt über 640.000 € zu Buche schlägt, abzüglich des Anteils des Kreises.

Ferner wirkt deutlich entlastend für unseren Haushalt und insbesondere für zukünftige Haushalte die Einhaltung der Zusage der Bundesregierung, nämlich die Kosten der Grundsicherung im Alter zukünftig komplett zu übernehmen. Hier wird eine seit Jahren von uns erhobene Forderung jetzt endgültig durch die bisherige Bundesregierung umgesetzt.

Es ist wirklich ein gutes Gefühl, wenn einige berechtigte Forderungen der Kommunen auch mal erfüllt werden, das haben wir in Nordrhein Westfalen mit ihrer rot/grünen Landesregierung ja nicht so häufig.

Auf Kreisebene sind sich dagegen fast alle kommunalpolitisch Tätigen in ihrer Einschätzung einig, dass sich der Kreis Warendorf sowohl bei der Sonderumlage zum ELAG als auch bei der Höhe der Kreisumlage wieder sehr kommunalfreundlich verhalten hat. Wir freuen uns, dass wir mit unserem Landrat Dr. Gericke und mit der CDU-Kreistagsfraktion verlässliche Partner im Kreishaus haben.

Doch all dieses reicht trotz eingeplanter Steuereinnahmen auf Rekordniveau bei weitem nicht, den Haushalt originär auszugleichen. Noch gelingt der haushaltsrechtliche Ausgleich durch den Einsatz der Ausgleichsrücklage. Kredite können derzeit noch durch unseren sehr guten Bestand an liquiden Mitteln verhindert werden. Dauerhaft sind – bei dieser Finanzausstattung der Kommunen des

ländlichen Raumes - die steigenden Sozialausgaben und die ständig zunehmenden Standards nicht mehr zu finanzieren.

Jährlich werden die Grunddaten des Gemeindefinanzierungsgesetzes zu Lasten des kreisangehörigen Raumes und zu Gunsten des kreisfreien Raumes geändert. Da wir dieses Thema in der Vergangenheit so häufig auf der Tagesordnung hatten, war ich fast geneigt, es in diesem Jahr nicht wieder aufzugreifen.

Nach den Zahlen des Landkreistages NRW und des Städte- und Gemeindebundes NRW erhalten, im Vergleich zum Jahr 2000, inzwischen die Städte heute je Einwohner 70 % mehr an Schlüsselzuweisungen als der kreisangehörige Raum. Bei der Anrechnung der Soziallasten, die wir seit Jahren scharf kritisieren, spricht man mittlerweile selbst in der rot/grünen Landesregierung von einer erheblichen Übernivellierung, d. h. uns wird wissentlich zu viel im Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) vorenthalten.

Im Vorbericht zum Haushalt ist explizit die Definition zum GFG aufgeführt: (Zitat) „Mit dem GFG wird der Anteil an den Einnahmen des Landes aus der Einkommens-, der Körperschafts-, und der Umsatzsteuer auf die Gemeinden und Gemeindeverbände verteilt, auf den diese einen Anspruch nach Artikel 106 Abs. 7 GG haben“. (Zitat Ende).

Es handelt sich folglich um einen verfassungsrechtlich verankerten Anspruch.

Wir alle wissen, dass es sich bei Schlüsselzuweisungen um einen unter den Städten und Gemeinden solidarisch, je nach Bedarf zu verteilenden Finanzausgleich handelt. Aber nicht allein unsere eigentliche Steuerkraft ist ausschlaggebend, sondern die immer wieder zu unserem Nachteil veränderten Parameter haben erst dazu geführt, dass wir seit 4 Jahren keine Schlüsselzuweisungen mehr erhalten.

Paradox wird es dann vor diesem Hintergrund, dass uns genau dieser Umstand jetzt in den Kreis der sogenannten „reichen Kommunen“ befördert und wir zu allen anderen Belastungen dann noch ab 2014 220.000 € jährlich an den „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ überweisen müssen.

In Everswinkel rechnen wir im kommenden Jahr mit einem Defizit im Ergebnisplan von fast 1,9 Mio. € und im Finanzplan mit einem Defizit von über 2,7 Mio. €. Wenn man sich diese Größenordnung vor Augen hält, kann man als örtlicher Kommunalpolitiker gar nicht so sehr parteipolitisch verhaftet sein, als das man die v.g. Abundanzumlage auch noch verteidigt. Viele Kommunen in NRW haben bereits eine ähnliche Resolution, wie wir sie in der letzten Gemeinderatssitzung am 14.11.2013 eingebracht haben, an die rot/grüne Landesregierung geschickt mit der eindeutigen Aufforderung, dieses Gesetz zurückzuziehen. Und zwar mit der eindeutigen Ankündigung, ansonsten gegen dieses Gesetz den Klageweg zu beschreiten.

Auch viele Kommunen mit roten oder rot/grünen Mehrheiten haben sich solchen Resolutionen angeschlossen. Sie, meine Damen und Herren der SPD und der Grünen, hatte diese Traute ja leider nicht. Unser Dank gilt ausdrücklich der FDP-Fraktion hier für die Unterstützung.

Eigentlich hätte ich es an dieser Stelle mit meinen Ausführungen zur Solidarumlage belassen, aber der Leserbrief vom letzten Freitag, der mit „Gundi Grabenmeier“ unterzeichnet ist, erfordert ja doch einer näheren Betrachtung.

Angeblich hat Frau Grabenmeier der Berichterstattung der WN vom 16. November über die Haushaltseinbringung des Bürgermeisters entnommen, dass die Steuerkraftmesszahl von 2006 bis 2014 um 65% gestiegen ist. Ich stelle mir die Frage, wie sie diese Erkenntnis der Presse entnehmen konnte? Diese Information hatte der Bürgermeister nicht in seiner Haushaltsrede genannt und war somit natürlich auch nicht Bestandteil der Berichterstattung. Da kann man ja auf die Idee kommen, dass jemand Pate für diesen Brief gestanden hat, der als Ratsmitglied alle Zahlen parat hatte, aber leider mit den Datumsangaben durcheinander gekommen ist. Korrekt ist diese Information im Vorbericht unseres Haushaltes auf Seite 12 zu finden. Mit welchen Tricks hier jedoch versucht wird, unsere Bürgerinnen und Bürger für dumm zu verkaufen, wird genau auf dieser Seite erkennbar. Im von Frau Grabenmeier unterzeichneten Leserbrief heißt es dann weiter, dass viele Kommunen im Land von solch einer Steigerung nur träumen könnten. Auf genau der besagten Seite des Vorberichtes steht einige Zeilen weiter die Information, dass die Verbundmasse, also das gesamte Steueraufkommen landesweit um 63% gestiegen ist, also fast identisch mit der Steigerung bei uns.

Bei so selektivem Lesen muss man die Absicht unterstellen, nur tendenziell informieren zu wollen.

Natürlich fehlen in den weiteren Ausführungen des Leserbriefes die Hinweise, dass erhöhte Gewerbesteuererinnahmen direkt eine erhöhte Gewerbesteuerumlage auslösen und dass erhöhte Einnahmen auch eine erhöhte Kreisumlage bedeuten. Alles in Allem sprechen wir einschl. erhöhter Krankenhausfinanzierungsumlage, Gewerbesteuerumlage und Kreisumlage von Mehrbelastungen in diesen Bereichen zwischen 2006 und 2014 von knapp 2 Mio. €.

Da einige Haushaltsatzungen in dem benannten Zeitraum auch einstimmig verabschiedet wurden, richtet sich der abschließende Vorwurf, wir hätten in den letzten Jahren „Das Füllhorn zu sehr ausgeschüttet“ dann auch an die SPD - aber sicherlich nur an die SPD-Fraktion vor der Ära Hamann.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal meine eingangs geäußerte Befürchtung wiederholen.

Wir dürfen nicht zulassen, dass die kommunalpolitische Auseinandersetzung aus den gemeindlichen Gremien heraus verlagert wird. Die inhaltlichen Diskussionen gehören in die Fachausschüsse, und zwar in voller Tiefe. Es darf auf keinen Fall der Eindruck entstehen, die Beratungen werden nur noch vordergründig betrieben, um dann, gewissermaßen als Anlass für die verschiedensten Veröffentlichungen, zwecks Stimmungsmache genutzt zu werden!

Abschließend komme ich zu dem Ergebnis: Wir von der CDU-Fraktion werden diesem Haushalt aus Überzeugung zustimmen!

Wir würden uns freuen, wenn die Zustimmung hier im Gemeinderat möglichst breit ausfallen würde!

Sehr herzlich möchte ich mich auch dieses Jahr bei der Verwaltung für die sehr gute Zusammenarbeit bedanken. Unser Dank gilt besonders dem Bürgermeister und unserer Kämmerin, Dir lieber Ludger und Dir liebe Christiane, und erstmals auch Herrn Stohldreier für die sehr angenehme Haushaltsklausur – Vielen Dank!

Selbstverständlich gilt unser Dank auch Frau Pottebaum und Herrn Reher für die tolle Unterstützung in diesem Jahr. Bitte geben Sie alle diesen Dank auch weiter an ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren, vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!